

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich 75 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk., halbjährlich 4,50 Mk., jährlich 8,00 Mk. Die Postanweisung ist zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Postfach 2640. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige 10 Goldpfennig, die 1-spaltige 5 Goldpfennig. Die 3-spaltige Reklamzeile im ersten Teil 100 Goldpfennig, im zweiten Teil 50 Goldpfennig, im dritten Teil 25 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats. Die Abrechnung erfolgt am 1. d. Monats.

Nr. 297. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640. Samstag, den 21. Dezember 1926

Die Wirren an unserer Ostgrenze.

Die überraschenden Ereignisse in Litauen, also unmittelbar jenseits der deutschen Grenze, haben nicht bloß ihre innenpolitische Bedeutung, sondern können auch Stoff zu einem außenpolitischen Zwist abgeben. Ganz durchsichtig sind die näheren Gründe des Putsches ebensovienig wie etwa eine Sicherheit dafür besteht, ob sich die frühere Rechtsregierung in Litauen mit Hilfe des Militärs nun auch wirklich überall durchsetzen wird; die in Litauen sehr radikale Sozialdemokratie, vor allem aber die dortigen Kommunisten scheinen einen nicht ganz erfolglosen Widerstand organisiert zu haben, kurzum, der Bürgerkrieg ist im vollen Gange.

Die bisher siegreichen Militärs erregen nun natürlich bei dem Nachbarstaat Polen allergrößte, zum mindesten aber sehr gut gespülte Sorgen. Ist es doch die bisher immer noch ungeklärte Wilnafrage, die zwischen den beiden Ländern steht, jene polnische Eroberung also, die mitten im Frieden vor sich ging, trotzdem aber die spätere Billigung des Völkerbundes fand. Litauen hat nie aufgehört, gegen die internationale Rechtsgültigkeit dieses ihres Friedensbruches und nach dieser Eroberung zu protestieren, formell befindet es sich noch immer im Kriegszustand mit Polen.

Die Dinge liegen ganz eigenartig: es wäre für Polen das Allererwünschteste, unter irgendeinem Vorwand in Litauen einmarschieren zu können. Vorwände hierfür sind ja immer billig und leicht zu beschaffen. Polens Wünsche gehen nämlich schon lange dahin, durch eine Verschmelzung Litauens mit Polen nun auch nördlich des deutschen Ostpreußens zum Meere zu gelangen und so Ostpreußen von drei Seiten zu umfassen und in die Fänge zu nehmen. Wir haben gegen den Einbruch der Litauer in das Memelgebiet zwar protestiert, diesen Bruch des Versailles Friedens aber schließlich doch anerkannt. Die Deutschen im Memelgebiet unterliegen einer rücksichtslosen Machtpolitik der sowjetischen Regierung; einen der fanatischsten Litauer hat man jenem Gebiete als ziemlich selbstherrlichen Leiter aufgelegt.

Politisch außerordentlich interessiert an der ganzen Entwicklung ist weiter vor allem Rußland, das mit der bisherigen linksorientierten Regierung Litauens vor ganz kurzer Zeit einen gegenseitigen Garantievertrag abgeschlossen hatte, dessen antipolnische Spitze unverkennbar war. Außerdem treibt die russische Sowjetrepublik seit Jahren eine ganz zielbewusste Landstaatenpolitik, also auf jenen Gebieten, die früher dem Russischen Reich angehörten. Man will in Moskau ein mehr oder weniger festes Bündnis dieser Staaten zusammenbringen mit dem deutlichen Ziele, es gegen Polen einzusetzen. Nun ist an und für sich der litauische Militärsputsch rein nationalpolitisch und damit antipolnisch. Rußland wird nicht zögern, den Antipolnismus in ihrem Kampf gegen die Militärs jede Unterstützung angebotenen zu lassen, die nur irgend möglich ist.

Polen wäre natürlich durchaus in der Lage, in Litauen irgendwie einzugreifen. Die Selbstverständlichkeit, mit der das von einem großen Teil der Warschauer Presse gefordert wird, ist geradezu naiv, sieht aber in London und Paris auf ein gewisses Verständnis. Was den Polen früher mit Wilna in kleinerem Maßstabe glückte, das jetzt im größeren zu wiederholen, könnte wohl reichen. Wenn die polnische Presse über angebliche Polenverfolgungen in Litauen schreibt, so kann man darin schon eine Art Vorbereitung zum Eingreifen sehen, wenn man will. 1921 ist Polen ja auch ganz plötzlich in das deutsche Obereschlesien einmarschiert — warum sollte man sich also dem viel kleineren Litauen gegenüber, das zudem militärisch ohnmächtig ist, irgendwelche Beschränkungen auferlegen? Ob allerdings Rußland sich eine derartige Unternehmung so ohne weiteres gefallen lassen würde, ist eine Frage, die auch lediglich vom Standpunkt der militärischen Kräfteverteilung aus zu beurteilen ist. Auch wir Deutsche müssen uns beizeiten versehen, daß wir in einer lebenswichtigen Frage nicht plötzlich vor fertigen Situationen stehen; denn es braucht ja gar nicht erst erwähnt zu werden, in welcher bedrückten Lage Ostpreußen läme, wenn der Pole auch im Norden vor seinen Toren stände.

Verfälschtes deutsches Vermögen in Amerika.

Sensationelle Enthüllungen über die Wirtschaft. Die Annahme der Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika durch das Repräsentantenhaus wird von sensationellen Enthüllungen der „New York World“ begleitet, die über unerhörte Mißwirtschaft und Mißveranschlagung der beschlagnahmten deutschen Vermögen zu berichten weiß. Der Bericht beruht auf dem im Auftrage des Präsidenten Coolidge erstatteten mehrbändigen Rapport des Generalkontrollieurs MacCarl über die Verwaltung der deutschen Vermögen, von dem sich die „New York World“ ein Exemplar verschafft hat. Bisher vertrat man lediglich, daß der Rapport die Verwaltung im allgemeinen einwandfrei befunden habe und nur einige übermäßige Gehälter und Provisionen

Der Putsch in Litauen

Smetona Präsident von Litauen.

Opposition gegen die Regierung.

Der bisherige Präsident der Republik Litauen ist von seinem Amt zurückgetreten. Der Sejm hat in einer außerordentlichen Sitzung sofort die Neuwahl des Präsidenten vorgenommen. Die Wahl fiel auf Professor Smetona, der als geistiger Urheber der jetzigen Revolution gilt. Smetona war der erste Präsident der Republik nach Herbeiführung der Unabhängigkeit Litauens. Er hat bereits den Eid auf die neue Verfassung geleistet und die Geschäfte übernommen. Zum Präsidenten des Sejms ist Einiginskas, vormaliger Präsident der Republik, gewählt worden. Kowno hat Flaggen schuss angelegt. Die Mitglieder des alten Kabinetts sind auf freien Fuß gesetzt worden.

Nachträglich wird das Manifest bekannt, das von den Aufständischen an die Bevölkerung gerichtet wurde. Es hat folgenden Wortlaut:

„Das litauische Volk, das sein Leben für das teure Litauen einsetzte und auch jetzt bereit ist, sein Blut für die Unabhängigkeit des Landes zu vergießen, erkannte, daß die jetzige Regierung und der Sejm unser Vaterland an die Bolschewisten und Fremdstämmigen verrät, und saßte infolgedessen den Entschluß, die Verwaltung des Landes zeitweilig in seine Hände zu nehmen, um sie so schnell wie möglich den echten Söhnen Litauens zu übertragen.“

Ein Wilnaer Blatt, der „Goniec Wileński“, bringt in einer Sonderausgabe Nachrichten über blutige Kämpfe, die angeblich noch in Litauen im Gange sein sollen. Diesen Meldungen zufolge sollen in der Umgebung von Schauen unter der Führung des Obersten Somaitis und eines Ministers der gestürzten Regierung sollen sich angeblich zum Marsch auf Kowno rüsten und einen Aufruf erlassen haben, in dem sie versichern, daß nach der Eroberung von Kowno durch die Kommunisten die Hilfe der Räteunion bei dem Marsch auf Wilna gesichert erscheine.

Weiter behauptet das genannte Blatt, daß die Garisonen von Mariampol, Kalmwarin und Ollta auf der Seite der alten Regierung stünden. Diese Wilnaer Nachrichten haben in einen Teil der Warschauer Presse Eingang gefunden.

Der Wahlsieg des Grafen Bethlen.

Die ungarischen Wahlen haben einen entschiedenen Sieg des bisherigen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen ergeben. Allerdings waren fast in allen Bezirken offen



wählen, denn wo geheime Wahlen stattfanden und namentlich in Budapest, hatte die Linkspartei bedeutend mehr Stimmen. Unser Bild zeigt den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen.

Wie aus dem Artikel der „World“ hervorgeht, handelt es sich jedoch um Millionen Dollar, und die Enthüllungen dürften einen Riesenskandal zur Folge haben. Nach dem Bericht MacCarls wurden Millionen und aber Millionen Dollar abgegeben für Anwaltsgebühren sowie für Provisionen an Banken; Gesellschaften, die längst liquidiert waren, wurden jahrelang weiterbetrieben. Die vom Kongress festgesetzte Grenze für die Verwaltungskosten wurde vollständig ignoriert. Gewisse Fonds blieben jahrelang in den Händen der Interessenten, ohne daß der Versuch gemacht worden wäre, sie einzuziehen. Die beschlagnahmten Wertpapiere wurden an so viele Banken und Gesellschaften verteilt, daß eine Kontrolle kaum möglich war. Mehrzahl bezahlte Beamte erhielten übermäßige Zuschüsse, Regierungsbeamte benutzten Privatautos auf Kosten der beschlagnahmten Vermögen. Mac-

Umsturzvorbereitungen auch in Lettland?

Eigener Fernsprechkdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Riga, 20. Dezember. Im Zusammenhang mit dem Umsturz in Litauen sind Gerüchte im Umlauf, daß auch in Lettland ein ähnlicher Umsturz erfolgen werde. Diese Gerüchte werden vom Stadtkommandanten der Stadt Riga entschieden dementiert.

Prager Putschentwürfe.

Aufdeckung eines faschistischen Umsturzplans. Das Regionalorgan veröffentlicht den Inhalt von Dokumenten, die sich in den Händen der Behörden befinden und die sich auf einen faschistischen Umsturzplan in der Tschechoslowakei beziehen. Der erste Teil der Dokumente enthält die technische Durchführung des Umsturzes in allen Städten, Anweisungen, wie die Kasernen, Polizeiamter, Bahnhöfe, Post- und Telegraphenämter und alle übrigen öffentlichen Gebäude zu besetzen seien.

Alle Abgeordneten und Parteifunktionäre der Sozialistischen und Kommunistischen Partei hätten verhaftet werden sollen, Außenminister Dr. Benesch hätte wegen Hochverrats, alle sozialistischen Minister seit 1918 wegen Schädigung des Staates und wegen Bereicherung auf Kosten des Staates vor Gericht gestellt werden sollen. Daneben war die Einstellung aller antifaschistischen Blätter, Verhaftung von Redakteuren, Verkündung des Staatsrechtes und Proklamation eines faschistischen Regierungsprogramms vorgesehen. Das Blatt kündigt weitere Einzelheiten an.

Die Pest in der Mandschurei und Mongolei.

Paris, 20. Dezember. Doch Meldungen aus Tokio ist in verschiedenen Gegenden der Mandschurei und Mongolei die Pest ausgebrochen und hat viele Todesopfer gefordert.

300 chinesische Kulis erfroren.

London, 20. Dezember. Wie aus Kalgan in der Provinz Schensi gemeldet wird, sind 300 Kuli, die von den Truppen der chinesischen Nordarmee gefangen gesetzt waren und in offenen Eisenbahnwaggons nach Ning Tschun befördert werden sollten, während der Fahrt vor Kälte und Hunger gestorben.

Carl brachte das ganze Jahr mit der Überprüfung der Bücher zu. Seine Unternehmung verschlang 200 000 Dollar. Trotzdem MacCarl behauptete, daß ein weitgehender Mißbrauch nur mit einer verhältnismäßig beschränkten Anzahl von Treuhandsfonds betrieben worden sei, fährt er mehrere Hundert solcher Fälle an.

Der ganze Bericht MacCarls wimmelt von Unregelmäßigkeiten, von Unterbewertung der deutschen Vermögen, von Vergeudung und Verschleuderung, welche Seite man auch aufschlagen mag.

Das Anleiheablösungsverfahren.

Früherverlängerung bis 31. Dezember.

Zum Anleiheablösungsverfahren gibt der Reichsminister der Finanzen folgendes bekannt: Die Frist für die Beantragung von Auslösungsrechten auf Grund von Reichsanleihen alten Bestandes ist am 31. März dieses Jahres abgelaufen. Der Reichsfinanzminister hat sich jedoch bereit erklärt, wie bereits Anfang November durch die Presse mitgeteilt worden ist, für die Anmeldung einer Nachfrist zu gewähren, wenn die rechtzeitige Anmeldung wegen Krankheit, Geschäftsunfähigkeit, Alters oder ähnlicher zwingender Gründe unterblieben ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag auf Gewährung einer Nachfrist spätestens bis zum 31. Dezember d. J. bei dem Reichskommissar für die Ablösung der Reichsanleihen alten Bestandes, Berlin SW., Alte Jakobstraße 117/120, gestellt werden muß. Die Vorbereitungen für den Umtausch der Reubestände des Reiches gegen Anleiheablosungsanwartschaft sind, nachdem das Anmeldeverfahren für die Anleiheablosung des Reiches, der Länder und Gemeinden abgeschlossen ist, soweit gefördert, daß die Frist für die Anmeldung dieser Anleihen voraussichtlich Anfang Februar nächsten Jahres beginnen wird.

Wichtige Änderungen der Strafprozessordnung.

„Der Höfle“ und Zeugnisverweigerungsrecht.

Kurz vor Ferienbeginn des Reichstages sind vom Reichsparlament noch zwei wichtige Änderungen der Strafprozessordnung beschlossen worden. Das ist erstens die Einführung des mündlichen Verfahrens bei Haftbeschwerden, die sogenannte Lex Höfle, und zweitens die Ausdehnung des Zeugnisverweigerungsrechts auf Redakteure, Verleger und Drucker. Diese Berufsstände werden damit den Ärzten und Rechtsanwälten gleichgestellt, auch ihr Berufsgeheimnis wird anerkannt. Es ist eine alte Forderung der gesamten Presse,